

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 82 (2004)
Heft: 1

Artikel: Die soziale Basis verbreitern
Autor: Pedrina, Vasco / Hartmann, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341823>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die soziale Basis verbreitern

Die Schweiz hat seit dem 10. Dezember eine rechtsbürgerliche Regierung. Die SP fühlt sich herausgefordert, über den Sinn der Regierungsbeteiligung nachzudenken. Und die fortschrittlichen Kräfte insgesamt stellen sich die Frage, wie sie dem

Vasco Pedrina und Hans Hartmann

Vormarsch der Rechten entgegentreten sollen. Es ist auch höchste Zeit dafür. Denn die Wahl von Blocher und Merz an die Macht ist nur die Spitze des Eisberges. Das Ende der «Konkordanz», welche das politische System in der Schweiz während mehr als einem halben Jahrhundert geprägt hat, ist letztlich Ausdruck eines gesellschaftlichen Umbruchs. Man muss die Bedingungen und den Charakter dieses Umbruchs verstehen, weil sich daraus auch viel für die Handlungsperspektiven der Linken lernen lässt.

Vorwärts in die Vergangenheit

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat eine konservative, nationalistische Strömung in der Schweiz viel Boden gewonnen. Diese Bewegung, die mit der SVP und der AUNS verbunden ist, hat nicht nur ihren Wähleranteil fast verdreifacht. Sie hat sich als politische Opposition etabliert und gleichzeitig mehr institutionelle Macht erobert. Sie hat die Auseinandersetzung radikalisiert, Themen gesetzt und besetzt und die politische Symbolik

und Sprache geprägt. Sie hat «Tabus» gebrochen und ist doch «salonfähig» geworden dabei – nicht zuletzt bei einer zunehmenden Zahl von Medien und Intellektuellen, die früher bloss die Nase gerümpft haben. Das ist erklärungsbedürftig.

Die nationalkonservative Bewegung vereint gegensätzliche Elemente. Einerseits knüpft sie an ein heroisches Bild der Schweiz an: an die Abwehr des Generalstreiks, an Landigeist, Reduit und den «helvetischen Totalitarismus» des Kalten Krieges. Sie lehnt neue Formen der Lebensgestaltung und des Zusammenlebens ab und verspricht dem Einzelnen Sicherheit im Schoss der nationalen Gemeinschaft. Darum meinen die Nationalkonservativen, bloss «Bewährtes» zu bewahren. Andererseits verstehen sie sich als Neuerer und als Rebellen gegen das Establishment. Sie wollen das – so genannt «sozialistische» – Erbe der fortschrittlichen und solidarischen Kräfte niederreißen, welche das Selbstverständnis der Schweiz immer auch mitbestimmt haben: die Werte und Errungenschaften des radikalen Freisinns, der traditionellen Arbeiterbewegung und der modernen sozialen Emanzipationsbewegungen. Dagegen setzen sie einen Individualismus, der «Freiheit» auf die Freiheit zum uneingeschränkten Gewinnstreben reduziert.

Diese Strömung ist daher rückwärts gewandt und modern, konservativ und re-

**Die SVP wird
sich keineswegs
mässigen.**

bellisch, protektionistisch und ultra-liberal, klientelistisch und anti-etatistisch, konformistisch und hyper-individualistisch zugleich. Ihre – von Blocher personifizierte – Leitfigur verkörpert denselben Widerspruch: nichts und niemandem Rechenschaft schuldiger Unternehmer, Führer und Autokrat, der umgekehrt als Patron, Familien- und Landesvater in der Gemeinschaft aufgeht. Und auch ihre Anhänger- und Wählerschaft setzt sich sehr heterogen zusammen: Ausgehend von einem konservativen Bevölkerungskern der schweizerischen Peripherie ist die SVP in den letzten zwei Jahrzehnten nacheinander auch für unterprivilegierte Schichten der (schweizerischen) Agglomerationsbevölkerung, für RentnerInnen, für eine neue konformistisch-aufstiegsorientierte Ellbogen-Generation und für Teile der liberalen bürgerlichen Eliten attraktiv geworden.

Ihr Erfolg erklärt sich letztlich erst vor dem Hintergrund der realen wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, welche mit der Wachstumskrise und den Folgen der neoliberalen Politikrezepte der vergangenen zwei Jahrzehnte einhergehen. Man kann den nationalkonservativen Vormarsch am besten als konservative Rebellion der «Mitte» verstehen (wobei mit «Mitte» hier im Sinne des «Mittelstands» eine ideologische, d.h. völkische, und nicht eine soziale Position gemeint ist). In ihr treffen sich Profiteure und Opfer der neoliberalen Krisenpolitik zu einer nationalistischen Allianz, welche die masslose Gier ebenso wie den Wunsch nach Schutz und Sicherheit zu befriedigen scheint.

**Die Rechte
wird sich weiter radikalisieren**

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die SVP von einem vom Aussterben bedrohten Interessenclub zur Klassen über-

greifenden Volkspartei gemausert. Nur sie (und nicht mehr die FDP) kann der Wirtschaft die nötigen Mehrheiten organisieren – für Sozialabbau, Deregulierung und Steuersenkungen oder für Kartellinteressen und geschützte Marktnischen. Das haben die wichtigsten Kapitalfraktionen begriffen, von der Economiesuisse über den Arbeitgeberverband bis hin zum Gewerbeverband. Banken und Versicherungen, Baumeister und Chemische Industrie, Migros-Boss und NZZ-Redaktion – alle schliessen die Reihen hinter Blocher und seiner neuen Rechtsregierung und träumen vom finalen Angriff auf die «Staatsquote». Ein Fünftel weniger Staatsausgaben per bundesrätliche «Notstandsmassnahmen» allein in der kommenden Legislatur: So stellt sich das zum Beispiel der Bâloise-Präsident und Versicherungslobbyist Rolf Schäuble vor.

Die SVP selber wird sich keineswegs mässigen. Sie hat sich mit einem radikalen ideologischen Projekt an die Macht gebracht; einmal dort angekommen, wird sie es weiter radikalieren müssen, um die populistische Spannung aufrechtzuerhalten. Die Ideen werden bereits ventiliert: nach der Abschaffung des Mischindex in der AHV die Abschaffung der Steuerprogression, Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs, Schärfere Bekämpfung der «Missbräuche» im Asylwesen und bei den Sozialversicherungen. SVP-Präsident Ueli Maurer hat das Jahr 2004 bereits zum «Jahr der Entscheidung» ausgerufen und eine zusätzliche «Polarisierung in den Sachgeschäften» unter dem Motto «bürgerlich oder links» angekündigt.

Natürlich birgt eine neuerliche Zuspitzung des Doppelspiels von Regierungs- und Oppositionspolitik auch Gefahr für die Rechte. Aber es muss jemand da sein, der ihr daraus auch einen Strick dreht. Die Linke darf jetzt also auf keinen Fall abwarten. Sie muss sofort und unablässig auf den Widersprüchen der Rechten herum-

hacken, bis diese nicht mehr auszuhalten sind.

Die Herausforderungen

Vor dem Hintergrund dieser Analyse zeigt sich deutlicher, worin das zentrale Problem der Linken besteht: Auch wir sind mit divergierenden, zum Teil sogar gegensätzlichen Interessen, Lebenslagen und Ambitionen in unserer (potenziellen) Anhängerschaft konfrontiert – aber es gelingt uns weniger gut, diese widersprüchlichen Elemente zu einem dynamischen Ganzen zusammenzuführen.

Die Gewerkschaften sind zwar zum Teil kämpferischer geworden und haben es damit geschafft, die Frage des gerechten Lohnes und des sozialen Ausgleichs wieder ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu rücken. Aber wir vertreten und mobilisieren – neben den Angestellten des öffentlichen Dienstes – vor allem sozial Unterprivilegierte: traditionelle FacharbeiterInnen aus stagnierenden Branchen, einfache Angestellte, schlecht gebildete Arbeitskräfte im Niedriglohnbereich, MigrantInnen. Der angestrebte Durchbruch zu den professionellen Mittelschichten und zu neuen, qualifizierten Berufen ist bei weitem noch nicht gelungen. Und trotz dem erfolgreichen Start der Dienstleistungsgewerkschaft UNIA bleibt der private Dienstleistungssektor eine gewerkschaftliche Wüste. Es fällt uns daher trotz wachsender Mobilisierungsfähigkeit schwer, politische Entscheidungsprozesse nachhaltig zu beeinflussen und in eine sozialverträgliche Richtung zu lenken.

Andere soziale Bewegungen – von der Globalisierungskritik über die Friedensbewegung bis hin zur Frauenbewegung – werfen zwar ebenfalls wichtige Fragen auf. Manchmal schaffen sie es sogar besser als wir Gewerkschaften, einen Konflikt symbolisch zu vermitteln und dem Protest ei-

nen Ausdruck zu geben (das letzte Beispiel ist die grosse Frauendemonstration vom 13. Dezember 2003 in Bern). Doch die Wirkung dieser punktuellen Mobilisierungen auf das politische System ist meistens beschränkt.

Die linken Parteien haben zwar elektoral vom Zusammenbruch der Mitte profitieren können. Aber die SP (Ähnliches gilt für die Grünen) ist zu einer Partei der gut Gebildeten und der gut bis sehr gut Verdienenden geworden. Sie hat doppelt so viele privatwirtschaftliche Kader unter ihren Wählerinnen wie die SVP – was ja begrüssenswert wäre, wenn sich das Verhältnis bei den tiefen Kadern nicht umdrehen würde. In der niedrigsten Einkommenskategorie (bis 3000 Franken) gewinnt die SVP bereits dreimal mehr WählerInnen als die SP. Letztere wird also – trotz «solidarischer» Positionen und egalitärer Ideologie – von den weniger Privilegierten kaum noch als Interessenvertreterin wahrgenommen. Kein Wunder fällt es ihr schwer, die zunehmende Unzufriedenheit und Unsicherheit der Bevölkerung für ihre durchaus fortschrittlichen Postulate zu mobilisieren.

Die SP wird es angesichts des Rechtsrutsches sehr schwer haben, ihre Anliegen ohne aktive Unterstützung der sozialen Bewegungen durchzubringen. Aber auch die Bewegungen erreichen alleine nur in Ausnahmefällen (wie etwa die GBI bei der Frühpensionierungslösung im Baugewerbe) genügend öffentliche Unterstützung, um eine gesellschaftlich bedeutsame Forderung durchzusetzen. Am meisten hat die Linke in den letzten Jahren erreicht, wenn die sozialen Bewegungen und die linken Parteien nicht nur die gleichen Positionen vertraten, sondern wenn sie eine gemeinsame Strategie und Kampagne verfolgten. Die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und SP beziehungsweise Grünen hat bei den flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr und gegen die De-

Die SP ist zu einer Partei der gut Gebildeten und gut bis sehr gut Verdienenden geworden.

**Wir dürfen uns
nicht scheuen,
für unsere Werte
offensiv, ja sogar
penetrant
einzustehen.**

regulierung des Strommarktes zum Erfolg geführt. Jetzt sind wir seit mehr als einem Jahr daran, eine gemeinsame Front gegen den Abbau des Sozialstaates und gegen die Umverteilungspolitik zu Gunsten der Reichen aufzubauen. Wenn nun – nach dem Blocher-Merz-Schock – auch die wieder erwachte Frauenbewegung für die Mutterschaftsversicherung, gegen die frauenfeindliche 11. AHV-Revision und gegen die skandalösen Steuergeschenke mobilisiert, dann können wir diese Abwehrkämpfe gegen die Sozialabbauer und Abzocker gewinnen.

Lehren für die Linke

Erfolge bei diesen Abstimmungen sind – da stimmen wir mit Otto Stich überein – für die kommenden Jahre zentral. Sie würden die Lage eines grossen Teils der Bevölkerung konkret verbessern (bzw. deren Verschlechterung verhindern). Sie würden die Rechte auf dem Weg zur Zweiklassengesellschaft bremsen und die Voraussetzungen für ein vernünftiges Wirtschaftswachstum verbessern. Und sie wären ein wichtiger Ausgangspunkt für den konsequenten Neuaufbau einer sozial abgestützten Partei-Linken einerseits und für die Weiterentwicklung und weiterführende Politisierung der Gewerkschaften andererseits. Das sind die zentralen Ziele, die sich die Linke setzen muss – umso erstaunlicher ist es, dass Überlegungen zum Aufbau der sozialen Bewegungen bei Otto Stich überhaupt nicht vorkommen. Die Frage der Regierungsbeteiligung ist demgegenüber im Moment in der Tat sekundär. Sie stellt sich aber, wenn damit keine konkreten Resultate mehr erzielbar sind. Auf keinen Fall darf die SP dem Bewegungsaufbau schaden, um als Feigenblatt für die Rechtspolitik im Bundesrat verbleiben zu können.

Längerfristig aber können wir uns nicht mit Abwehrkämpfen zufrieden geben –

nicht einmal mit gewonnenen. Die Linke muss aus der Analyse der rechten Erfolge ihre Lehren ziehen, um selber wieder in die Offensive zu kommen. Die wichtigsten lauten:

Allianzen zwischen den Organisationen sind gut, sie reichen aber nicht. Wir müssen unsere soziale Basis verbreitern, wenn wir den Kampf wirklich gemeinsam führen wollen. Die SP muss erkennen, warum sich die sozialen Unterschichten von ihr abwenden – und sie muss diese Tendenz wieder umkehren. Das wird ihr nur gelingen, wenn sie auch in einer Reihe wichtiger Kantone (wie etwa Zürich) wieder enger mit den Gewerkschaften kooperiert und sich der Herausforderung der «sozialen Frage» stellt. Die Gewerkschaften ihrerseits müssen auch die gut gebildeten, gut verdienenden Beschäftigten gewinnen und für eine solidarische Politik mobilisieren. Wir müssen Brücken schlagen lernen zwischen den verschiedenen ArbeitnehmerInnen-Gruppen und der Wählerschaft der SP und der Grünen. Mit der Gründung der Gewerkschaft UNIA für den ganzen Bereich der Privatwirtschaft schaffen wir die Voraussetzungen dafür.

Werte sind wichtig. Auch wir dürfen uns nicht scheuen, für unsere Werte offensiv, ja sogar penetrant einzustehen: für Freiheit und Gerechtigkeit, Individualität und Gleichheit, Sicherheit und Solidarität, Fortschritt und Nachhaltigkeit. Aber die Diskussion darüber darf nicht im Ideenhimmel stattfinden. Wir müssen unsere Werte konsequent mit konkreten politischen Vorschlägen und Forderungen verknüpfen. Mit den dabei unvermeidlich auftretenden Widersprüchen müssen wir in der Praxis einen Umgang finden – einen intelligenteren Umgang, als ihn die SVP zu bieten hat.

Die politische «Mitte» lässt sich nicht gewinnen, indem man in die Mitte geht. Die

politische Mitte neigt zu dem Pol, der die grösste Anziehungskraft auf sie ausübt. Eine starke, im Grundsätzlichen konsequente Linke, die einleuchtende Positionen mit aller Energie vertritt, ist die beste Garantie dafür, dass die politische Mitte nicht einfach von der Rechten absorbiert wird.

Der Vormarsch der Rechten ist keineswegs unaufhaltsam. Die Linke kann ihre richtigen Ansätze und Einsichten, ihre guten Vorschläge, Visionen und pragmatischen Lösungen zu einer fortschrittlichen und solidarischen Bewegung zusammenführen und vielen Menschen damit eine Perspektive geben. Doch sie muss es wollen und sich dafür anstrengen. Jetzt braucht es verantwortliche PolitikerInnen und en-

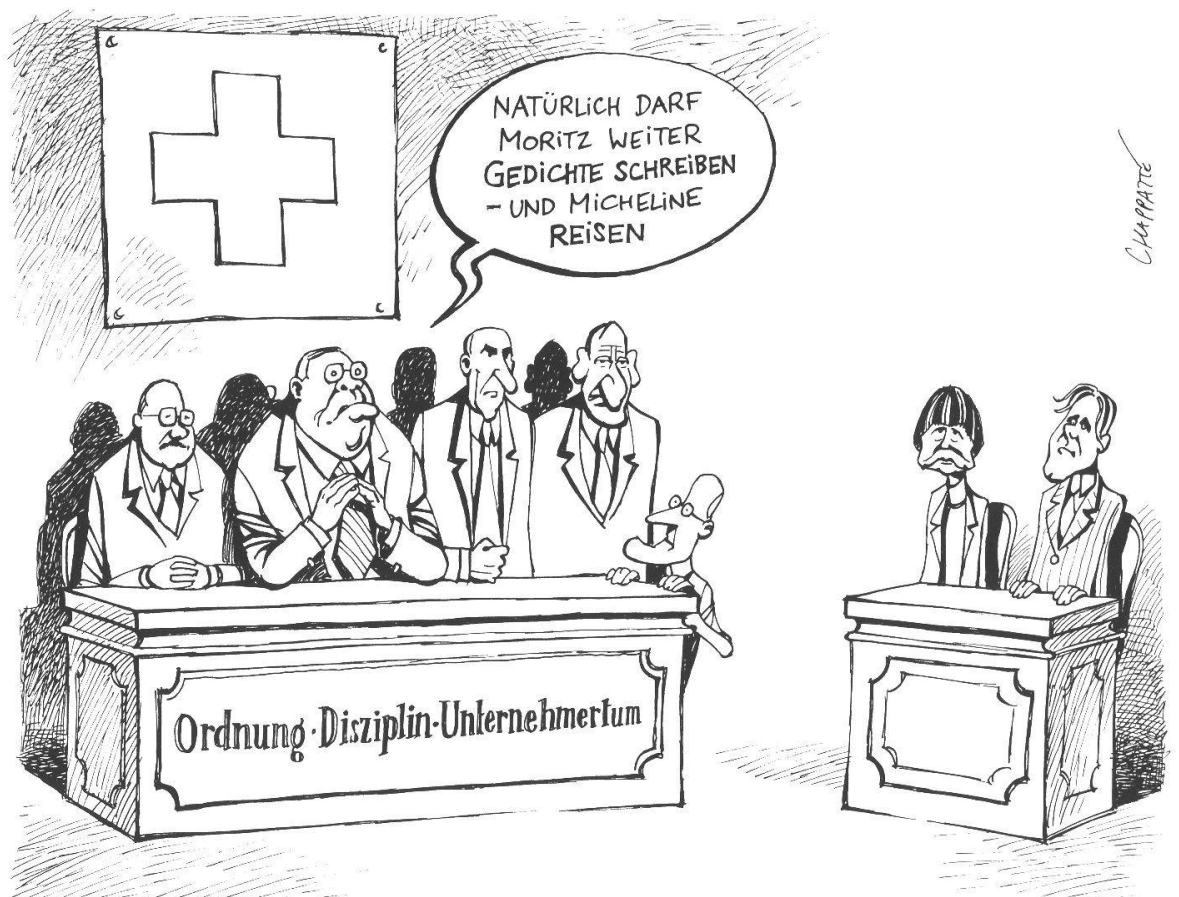
gagierte Mitglieder, die an diese Chance glauben und sie mit aller Konsequenz Schritt für Schritt verwirklichen.

Vasco Pedrina ist Zentralpräsident der Gewerkschaft Bau und Industrie, Vizepräsident des SGB und SP-Mitglied. Hans Hartmann ist GBI-Stabsmitarbeiter und Autor der Bücher «Zivilgesellschaft von rechts. Die (unheimliche) Erfolgsgeschichte der Zürcher SVP» (mit Franz Horvath, Realotopia, Bülach 1995, Fr. 18.80) und «Heile Welt Schweiz. Die nationalkonservative Bewegung in der Diskussion» (hrsg. mit Andreas Gross, Realotopia, Bülach 1995, Fr. 25.-).



Hans-Ulrich Steger
im «Nebelspalter»
Nr. 51/52, 1983

Hunde:
Pierre Aubert
und Otto Stich (SP),
Herren (v.l. n.r.):
Kurt Furgler (CVP),
Alphons Egli (CVP),
Rudolf Friedrich (FDP),
Jean-Pascal Delamuraz (FDP),
Leon Schlumpf (SVP)



Patrick Chappatte in der NZZ am Sonntag vom 14. Dezember 2003